

Resolution

Keine Nazis in die Parlamente

Im "Superwahljahr" 2009 finden in Rheinland-Pfalz Kommunal-, Bezirkstags-, Europa- und Bundestagswahlen statt. Rechtsradikale Parteien und ihre Tarnorganisationen werden aus diesen Anlässen verstärkt ihre menschenverachteten und demokratiefeindlichen Ideologien verbreiten. Rechtsextremer Gedankengut steht außerhalb des demokratischen Grundkonsenses und damit auch außerhalb des Toleranzbereichs.

Das Bündnis für Vielfalt und Toleranz Rheinland-Pfalz fordert alle Parteien und politischen Gruppierungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Initiativen auf, über die eigenen Grenzen hinaus den Schulterschluss einzugehen und gemeinsam den rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen entschieden entgegen zu treten.

Ziel muss sein, dass nach den Wahlen in keinem Parlament in Rheinland-Pfalz oder anderswo, Rechtsextreme ein Mandat haben. Hierzu muss im Vorfeld der Wahlen, die Auseinandersetzung mit den Nazis offensiv geführt werden.

Es darf kein Kommunalparlament geben, in dem ein Rechtsextremer volksverhetzende Reden halten kann, keine Schule, in der CDs mit rechter Musik verteilt werden können, ohne dass sich demokratische PolitikerInnen, LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen dagegen stellen, keine Nazi-Demonstration, ohne dass Menschen aufstehen und dagegen protestieren.

Für eine aktive Demokratie ist notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der politische Diskurs darf nicht an den Menschen in diesem Land vorbei gehen. Das was die PolitikerInnen mit Politikverdrossenheit bezeichnen ist in Wirklichkeit Parteienverdrossenheit, da die Menschen oft von Entscheidungen ausgegrenzt werden.

Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und zur Wahl zu gehen. Denn jede nicht abgegebene Stimme verändert das Wahlergebnis zu Gunsten der Rechten. Durch die Unterstützung der demokratischen Parteien und Gruppierungen wird den Nazis auch ein Teil ihrer finanziellen Grundlage entzogen. Die etablierten Parteien fordern wir auf, endlich die Probleme (u.a. Erwerbslosigkeit, Armut, Fremdenfeindlichkeit, Geschichtsfälschung) anzugehen, die Nährboden für die alten und neuen Nazis sind. Dazu gehört auch eine Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich aktiv gegen rechtsradikale Angriffe stellen.

Kein Fußbreit für Nazis und Faschisten!!!
Keine Stimme für Nazis bei Wahlen!!!

Diese Resolution wurde bei dem Konstitutionstreffen des Bündnisses für Vielfalt und Toleranz Rheinland-Pfalz, am 21. März 2009 in Mainz beschlossen.

Erstunterzeichner sind: